

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin

Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Karlsruher Initiative
für gerechten Frieden
in Israel und Palästina
c/o Gudrun Reiß
Meisenweg 13
76307 Karlsbad

Karlsruhe, 14.5.2018

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

vor 10 Jahren, als Israel sein 60-jähriges Bestehen feierte, hielten Sie in der Knesset eine denkwürdige Rede, von der vor allem ein Passus in den Medien wiederholt wurde: „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin nicht verhandelbar.“

Auch zum 70. Jahrestag der Gründung Israels haben Sie von der Sicherheit Israels als Teil der Staatsräson Deutschlands gesprochen. Auch bekannte sich der Bundestag in einem Beschluss zum „Existenzrecht“ (!) Israels und stellte fest, Israels Sicherheit sei nicht verhandelbar. (Alle Staaten erkennen bei der Aufnahme in die Vereinten Nationen die „Existenz“ der anderen Mitgliedsstaaten an, deren Sicherheit ist auch keine Verhandlungssache.)

Präsident Trump begründete jüngst seine Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels damit, er erkenne doch einfach nur die „Realität“ an, wobei allerdings nicht eindeutig geklärt wurde, ob er West-Jerusalem oder das durch völkerrechtswidrige Annexion Ost-Jerusalems und Ausdehnung um ein Vielfaches entstandene Groß-Jerusalem meinte. Als ihm klar wurde, dass die Jerusalem-Frage in der „Realität“ wohl um einiges komplizierter ist, als er gedacht hatte, schob er nach, einige Grenzlinien müssten wohl in einer Friedenslösung endgültig festgelegt werden.

Nun stellt sich auch im Falle der „Sicherheit Israels“ die Frage, welches Israel meinen Sie, Frau Bundeskanzlerin, meint der Bundestag? Das Staatsgebiet Israel von 1949 ohne völkerrechtswidrig annektierte Gebiete, d.h. westlich der „Grünen Linie“, oder das Israel, wie es die israelische Regierung und viele Israelis mittlerweile verstehen, für die die „Grüne Linie“ offensichtlich nur noch eine irrelevante historische Reminiszenz zu sein scheint.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben erfreulicherweise klar gemacht, dass Ost-Jerusalem für die BRD auch weiterhin besetztes Gebiet ist und dass die israelischen Siedlungen völkerrechtswidrig auf besetztem palästinensischem Gebiet entstanden sind. Aber die jahrelange Duldung der Bundesregierung, Waren aus diesen Siedlungen mit dem Herkunftsetikett „Made in Israel“ zu akzeptieren, und die Blockadehaltung gegenüber dem Bestreben der EU, dieser betrügerischen Irreführung ein Ende zu bereiten, setzt ein anderes Zeichen. Letztendlich zählen nicht Worte, sondern Handeln!

In seinem Rechtsgutachten zum Bau der „Mauer“ auf palästinensischem Boden hat der Internationale Gerichtshof in Den Hag 2004 festgestellt, dass der Bau der Mauer östlich der „Grünen Linie“ völkerrechtswidrig ist und einer *de facto* Annexion gleichkommt. Er hat überdies alle Staaten verpflichtet, nichts zu unternehmen, was Israel unterstützt, diese

